

Auswertung der Registerstelle Spandau 2022



Falkenhagener Feld

Gatow

Hakenfelde

Haselhorst

Kladow

Siemenstadt

Spandau (Ortsteil)

Staaken

Wilhelmstadt



Gefördert durch

BERLIN



Senatsverwaltung
für Justiz, Vielfalt
und Antidiskriminierung

im Rahmen von



**DEMOKRATIE.
VIELFALT.
RESPEKT.**

Das Landesprogramm gegen
Rechtsextremismus, Rassismus
und Antisemitismus





1. Einleitung: Aufgabe und Ziele der Registerstelle

Das Register Spandau ist eine der zwölf Berliner Registerstellen und wurde 2014 beim Träger GIZ gGmbH eingerichtet. Alle Registerstellen werden durch die Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (LADS) bei der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung finanziert und durch unterschiedliche Träger umgesetzt. Die Register dienen dem bezirklichen Monitoring, also der Erfassung, Dokumentation sowie Auswertung von extrem rechten, rassistischen, antisemitischen, LGBTIQ*-feindlichen und anderen diskriminierenden Vorfällen mit dem Ziel, die Erfahrungen der Betroffenen sichtbar zu machen, die Öffentlichkeit zu sensibilisieren sowie ein Lagebild zu erstellen, das Akteur*innen von Politik und Zivilgesellschaft dabei unterstützen kann, Gegenstrategien zu entwickeln.

Die Vorfälle werden durch berlinweite Kooperationspartner*innen gemeldet, die bestimmte Diskriminierungsphänomene erfassen, wie z.B. ReachOut¹, wo Angriffe und massive Bedrohungen dokumentiert werden, oder die Recherchestelle Antisemitismus (RIAS)², Amaro Foro mit DOSTA³ oder Each one Teach one (EOTO e.V.)⁴. Auch über die Antidiskriminierungs-App (AnDi-App) der LADS⁵ werden Vorfälle gemeldet.

Die Register recherchieren selbst oder erfahren Vorfälle durch Betroffene, Zeug*innen und Mitglieder des bezirklichen Netzwerkes sowie durch ihre Anlaufstellen. Anlaufstellen sind z.B. Beratungsstellen, Familienzentren oder soziale Einrichtungen, die gut im jeweiligen Kiez oder Ortsteil vernetzt sind. Betroffene berichten lieber in vertrauten Kontexten von ihren Diskriminierungserfahrungen, die dann mit Einverständnis der Betroffenen anonym an die Registerstelle weitergeleitet werden.

Eine Aufgabe der Register ist daher die kontinuierliche Vernetzung im Bezirk, um die Arbeit der Registerstellen bekannter zu machen, weitere Anlaufstellen zu gewinnen, mehr Betroffene zu erreichen und dadurch das Dunkelfeld weiter zu erhellen.

Die Vorfälle werden in der bezirklichen Chronik auf der Website der Berliner Register veröffentlicht (<https://www.berliner-register.de/register/spandau/vorfalls-chronik/>), ausgewertet und nach der jährlichen, berlinweiten Pressekonferenz im Bezirk vorgestellt.

1 <https://www.reachoutberlin.de>

2 <https://www.report-antisemitism.de/>

3 <https://amaroforo.de/projekte/dosta/>

4 <https://eoto-archiv.de/>

5 <https://www.berlin.de/sen/lads/beratung/diskriminierung/andi/>



Die aktuellen Vorfallszahlen und der Vergleich mit den Vorjahren oder auch zwischen benachbarten oder anderen Ortsteilen können Veränderungen aufzeigen und zivilgesellschaftlichen wie politischen Akteur*innen Impulse geben, um neue Handlungsstrategien gegen Rassismus und Diskriminierung im Bezirk zu entwickeln.

2. Auswertung der Chronik 2022

2.1 Anzahl und Art der Vorfälle 2022

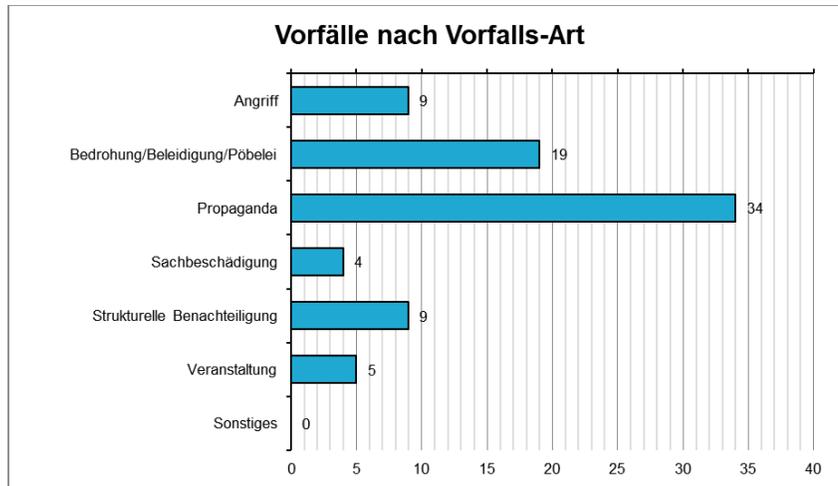
Die Registerstelle war 2022 infolge der Haushaltssperre nur mit einer Stelle besetzt und verfügte damit im Vergleich zu 2021 über weniger als 50% des Stundenumfangs, was eine Fortführung der Netzwerkaktivitäten und Anlaufstellenpflege bzw. -gewinnung auf gleichem Niveau unmöglich machte. Mittel für Öffentlichkeitsarbeit oder Workshops standen erst im Herbst zur Verfügung.

Netzwerkarbeit im Flächenbezirk Spandau braucht persönliche Kontakte, gerade auch in den randständigen Ortsteilen, Präsenz in den Gremien und aktive Teilnahme an Veranstaltungen, um bestehende Meldestrukturen, z.B. durch die Anlaufstellen, zu verfestigen und neue Meldestrukturen zu etablieren. Die 2021 eingeführten Austauschtreffen mit Anlaufstellen und die Workshop-Angebote unterstützten diese Etablierung von Meldestrukturen, konnten aber 2022 nicht fortgesetzt werden, da auch viele Anlaufstellen und Netzwerkpartner*innen nur über knappe zeitliche Ressourcen verfügten und die Beratungsstellen sich gleichzeitig durch die Geflüchteten aus der Ukraine einem zusätzlichen Beratungsbedarf gegenübersehen. So blieb ihnen kaum Zeit für die Frage nach erlebter Diskriminierung bzw. diese Vorfälle wurden gar nicht berichtet, da die anderen Bedarfe im Vordergrund standen.

Anhand der strukturellen Bedingungen für die Registerstelle sowie Netzwerkpartner*innen lässt sich erklären, warum 2022 nur insgesamt 80 Vorfälle (2021:112) erfasst werden konnten, ein Rückgang um 29 Prozent. Ein weiterer Grund ist der Rückgang von Meldungen berlinweiter Kooperationspartner*innen sowie der bereits 2021 beschriebene Ausfall von polizeilichen Meldungen (abgesehen von den polizeilichen Pressemitteilungen) aufgrund von behördlichen Datenschutzbedenken.



Grafik 1: Vorfälle 2022 nach Vorfallsart



Von den 80 im Jahr 2022 erfassten Vorfällen war Propaganda wie in den Vorjahren mit 34 Vorfällen die häufigste Vorfallsart (2022: 43%; 2021: 35%; 2020: 44% aller Vorfälle). Diese Vorfallskategorie umfasst Flyer u.ä., Sticker sowie geschriebene oder gesprühte Botschaften der extremen Rechten. Inhaltlich setzten sich die 34 Propagandavorfälle zu gleichen Teilen aus rechter Selbstdarstellung und NS-Verharmlosung bzw. -Verherrlichung zusammen (je 11 Vorfälle) sowie aus Rassismus (9 Vorfälle). In drei Fällen handelte es sich um antisemitische Propaganda (2021: 0; 2020: 2). Dieser Vergleich zeigt eine auffällige Veränderung: Der Anteil an NS-verharmlosender bzw. verherrlichender Propaganda nahm im Vergleich zu den beiden Vorjahren stetig zu. Die NS-Verharmlosung (6 Vorfälle) entfiel auf Propaganda von Impfgegner*innen, die auf Plakaten oder Stickern NS-Vergleiche anstellten. Der überwiegende Anteil bestand aus NS-verherrlichender Propaganda, häufig Hakenkreuze o.ä. Dagegen lässt sich ein Rückgang bei Propaganda der neonazistischen Kleinstpartei "Der III. Weg" feststellen, die auf 18 % sank, während 2021 die Hälfte der gemeldeten Propaganda von dieser "Partei" stammte. Da es sich hier um nur wenige aktive Personen handelt, kann auch ein Umzug oder ein anderer persönlicher Grund die Ursache für den Rückgang sein. Auch 2022 waren Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien (B/B/P) die zweithäufigste Vorfallsart. Auf diese Kategorie entfielen 19 Vorfälle (2022: 24%; 2021: 29%; 2020: 20%). Die höhere Anzahl 2021 zeigt den oben beschriebenen Zusammenhang zwischen zeitlichen Ressourcen und Vorfallsmeldungen, da von verbalen Beleidigungen und Pöbeleien oft nebenbei berichtet wird, wenn ein persönlicher Austausch mit ausreichend Zeit vorhanden ist, während körperliche Angriffe eher angezeigt und explizit berichtet werden. 2020 dagegen



machte sich der mangelnde persönliche Kontakt durch den Lockdown bemerkbar. Ob durch Lockdown, Pandemie-Beschränkungen oder fehlende zeitliche Ressourcen, in allen Fällen von fehlendem persönlichen Kontakt ist in dieser Kategorie von einem größeren Dunkelfeld auszugehen. Mitberücksichtigt werden muss allerdings auch, dass den meisten Angriffen Bedrohungen oder Beleidigungen vorausgehen, die zwar in der Vorfallsbeschreibung der Chronik erwähnt, statistisch aber nicht in der Kategorie B/B/P erfasst werden.

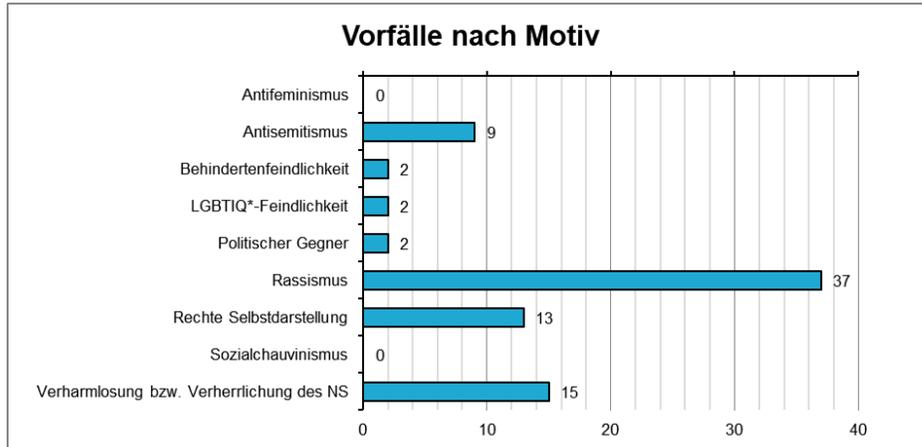
Mit 11 Prozent (9 Vorfällen) liegen die Angriffe und die strukturellen Benachteiligungen als dritthäufigste Vorfallsart gleichauf. In beiden Kategorien lässt sich ein Rückgang der erfassten Vorfälle feststellen: Die strukturellen Benachteiligungen stellten 2021 mit 16 Prozent ebenfalls die dritthäufigste Vorfallsart dar, die Angriffe lagen knapp dahinter (15%). Strukturelle Benachteiligungen beziehen sich auf Diskriminierungen seitens Institutionen bzw. Behörden, wie Kita, Schule, Jobcenter oder Sozialamt, aber auch auf Benachteiligungen bei der Wohnungs- oder Arbeitssuche. Hier muss von einem großen Dunkelfeld ausgegangen werden, da die von solchen Vorfällen Betroffenen wie Geflüchtete, Migrant*innen, Schuldner*innen oder Wohnungslose das Klientel der Beratungsstellen ausmachen, die 2022 wenig Zeit für Vorfallaufnahme oder -übermittlung hatten. Auch werden Vorfälle in den existenziellen Bereichen Wohnung oder Arbeit oft nicht berichtet, da die Betroffenen nachteilige Folgen fürchten. Von den neun gemeldeten Vorfällen struktureller Benachteiligung waren zwei behindertenfeindlich, zwei Vorfälle waren gegen Sint*izze und Rom*nja gerichtet und die übrigen fünf waren rassistisch motiviert.

Die gesunkenen Angriffszahlen lassen sich mit der Untererfassung aufgrund fehlender polizeilicher Daten erklären (s.o.). Sofern die Angriffe nicht in den Pressemitteilungen der Polizei veröffentlicht werden, sind die Registerstellen auf zivilgesellschaftliche Quellen bzw. die Betroffenen selbst angewiesen, um davon Kenntnis zu erhalten, oder auf Kooperationspartner*innen wie ReachOut, die Opfer rechter und rassistischer Gewalt beraten. Tatsächlich wurden von den neun Angriffen nur zwei von den Betroffenen selbst gemeldet, einer über eine Anlaufstelle des Registers Spandau, zwei von ReachOut. Die übrigen vier Angriffe wurden anhand von Pressemeldungen recherchiert. Solange sich an der Untererfassung bezüglich der bei der Polizei angezeigten Hasskriminalität nichts ändert, muss von einem großen Dunkelfeld ausgegangen werden. Von den neun erfassten Angriffen waren sechs rassistisch, zwei LGBTIQ*-feindlich und ein Angriff antisemitisch motiviert. Die Motive der 14 Angriffe von 2021 waren ähnlich verteilt, wobei drei gegen das alternative Wohnprojekt Jagow 15 gerichtet waren, das 2022 keine Vorfälle mehr melden musste.



2.2 Motive der Vorfälle 2022

Grafik 2: Anzahl der Vorfälle nach Motiv

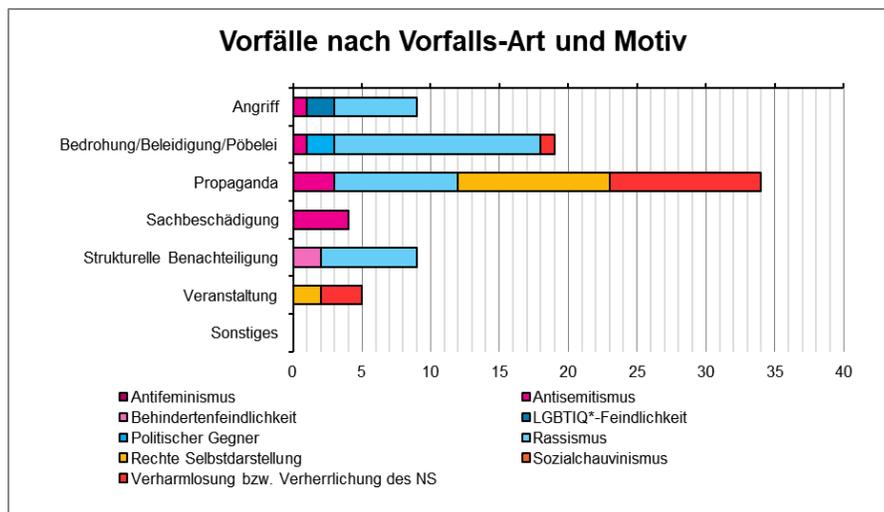


Auch 2022 war Rassismus das häufigste Motiv aller Vorfälle in Spandau. Dies ist seit Einrichtung der Registerstelle 2014 bei GIZ gGmbH der Fall. Während 2021 mehr als die Hälfte aller Vorfälle (51%) rassistisch motiviert waren, sind es 2022 "nur" 46% (37 Vorfälle). Dabei entfallen 18 Vorfälle auf die Kategorie Rassismus allgemein, während acht Vorfälle von anti-Schwarzem Rassismus und sechs Vorfälle antimuslimisch motiviert waren entfielen die restlichen fünf Vorfälle auf Rassismus gegen Sint*izze und Rom*nja. Letztere wurden ausschließlich von Beratungsstellen oder Kooperationspartner*innen gemeldet. Es hat sich in Spandau als schwierig erwiesen, diese Zielgruppe direkt zu erreichen. Der Rückgang der antimuslimischen Vorfälle ist darauf zurückzuführen, dass zwei Kooperationspartner*innen 2022 nicht gemeldet haben, was mit der allgemeinen Überlastung von Beratungsstellen erklärt werden kann. Auch gab es zu den entsprechenden Einrichtungen und den Integrationslots*innen in Spandau, die oft von antimuslimischem Rassismus erfahren, aufgrund fehlender zeitlicher Ressourcen weniger Austausch als in den Vorjahren. Wie oben bei der inhaltlichen Zuordnung der erfassten Propaganda stieg der Anteil der NS-Verharmlosung bzw. NS-Verherrlichung auch allgemein als Vorfallmotiv an und machte 19 Prozent (2021: 8%) der gemeldeten Vorfälle (15) aus. Diese Kategorie ist damit zweithäufigstes Motiv und löst die rechte Selbstdarstellung ab, die mit 16 Prozent einen



leichten Rückgang aufweist (2021: 18%). Vorfälle, die gegen politische Gegner*innen gerichtet waren, machten nur noch 3 Prozent der Vorfälle aus (2021: 11%), was sich auf das Superwahljahr 2021 zurückführen lässt. Dafür waren antisemitisch motivierte Vorfälle 2022 mit 11 Prozent deutlich stärker repräsentiert (2021: 2%). Hier sind die wiederholten Beschädigungen der Infosteile am Mahnmahl Lindenufer, die Beschädigungen des Stolpersteins für den Rabbiner Arthur Löwenstamm und die Übermalung der Straßenschilder in der Jüdenstraße zu nennen. Dass der Anstieg von NS-Verherrlichung (s.o.) mit einer ansteigenden Zahl antisemitischer Vorfälle einhergeht, ist erwartbar, aber umso alarmierender. Die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen und die Spandauer Bevölkerung sind jedoch sensibilisiert, was die Mehrfachmeldungen gerade der antisemitischen Vorfälle 2022 zeigten.

Grafik 3: Anzahl der Vorfälle nach Art und Motiv





2.3 "Tatorte" der Vorfälle 2022

Auch 2022 wurden die meisten Vorfälle in Spandau für den gleichnamigen Ortsteil gemeldet (36, 45%; 2021: 44, 39%), was mit der zentralen Struktur des Bezirks erklärt werden kann, da sich hier das Rathaus mit Bürgeramt, viele Behörden wie Jobcenter, Sozialamt und Gesundheitsamt befinden, aber auch der Fern-, Regional- und S-Bahnhof. Vor dem Rathaus Spandau befinden sich zudem die Haltestellen sämtlicher Buslinien Spandaus, die Endhaltestelle der U-Bahnlinie 7 sowie der Rathausvorplatz. Hier beginnt die größte Fußgängerzone Berlins, die den zentralen Marktplatz umschließt. Wo viele Menschen einander begegnen oder mit Behörden in Kontakt sind, kommt es eher zu Beleidigungen, körperlichen Angriffen oder strukturellen Benachteiligungen. Die einzigen größeren Plätze des Bezirks sind für Veranstaltungen ("Montagsspaziergänge") beliebt. Die Fußgängerzone ist auch die beliebteste Strecke für Stickeraktionen der extremen Rechten.

An zweiter Stelle löst Staaken mit 15 Vorfällen (19%) Hakenfelde ab, das durch die acht Vorfälle gegen das alternative Hausprojekt Jagow 15 2021 den zweiten Rang erreicht hatte. Staaken lag 2021 auch schon an dritter Stelle, was mit der regen Meldetätigkeit der dortigen Anlaufstelle erklärt werden kann. 2022 kamen zudem zahlreiche Aktivitäten der neonazistischen Kleinstpartei "Der III. Weg" hinzu. Diese "Partei" nutzte die anhaltende Serie von Kellerbränden in der Hochhaussiedlung Staaken für mehrere Flyeraktionen und versuchte zudem, die prekäre Lage der Bewohner*innen für ihre rassistische und extrem rechte Propaganda zu instrumentalisieren.

11 Prozent aller Vorfälle können keinem Ortsteil zugeordnet werden. Das ist entweder der Fall, weil Vorfälle zum Schutz der Betroffenen stark anonymisiert wurden oder Kooperationspartner*innen Ortsteile in ihrer Statistik nicht erfassen und daher auch nicht übermittelt haben. Die übrigen Vorfälle verteilen sich ohne nennenswerte Schwerpunkte auf die anderen Ortsteile, wobei aus Kladow und Gatow nur jeweils ein Vorfall erfasst wurde.

